

Nationalbank-Kredite ohne Sicherheiten

# Banken haben keine Privilegien nötig

THOMAS FUSTER

Not kennt kein Gebot. Dass dies auch in der Schweizer Wirtschaftswelt gilt, zeigte sich vor rund drei Monaten bei der Rettung der Credit Suisse. Unter hohem Zeitdruck wurden damals wichtige ordnungspolitische Prinzipien ausgehebelt und notrechtliche Bestimmungen durchgeboxt. Dazu gehörte, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) der CS und der UBS Zugang zu milliardenhoher Liquidität gewährte, ohne dass die Banken hierfür Sicherheiten hinterlegen mussten. Die als ELA plus bezeichnete Massnahme war ein geldpolitischer Tabubruch.

Doch Tabubruch hin oder her: Die Banken haben Gefallen gefunden an der Idee, auch ohne das Abtreten eines Pfands an die Milliarden der SNB zu gelangen. So macht sich die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) in der Vernehmlassung zur Änderung des Bankengesetzes für eine Beibehaltung von ELA plus stark. «Wir sind der Ansicht, dass dieses Instrument zeitlich unbeschränkt eingeführt werden sollte», schreibt der Verband. Auf diese Weise, so die Begründung, könne bei kriselnden Banken ein Sanierungsverfahren vermieden werden.

Man kann die Forderung der SBVg als unver-schämt oder nur als selbstbewusst bezeichnen. Inakzeptabel ist sie auf alle Fälle. Denn was der

Bankenverband verlangt, steht im Widerspruch zum Verhalten der eigenen Mitglieder gegenüber ihren Kunden. Wer bei einer Bank ohne jede Sicherheit einen Blankokredit in Milliardenhöhe will, wird sofort zur Tür begleitet. Dasselbe Schicksal ereilt jene Immobilienbesitzer, die für den Hausbau zwar einen Bankkredit wollen, aber nicht bereit sind, im Gegenzug die Immobilie als Grundpfand anzubieten.

Das Beharren auf ausreichenden Sicherheiten ist in der Kreditwirtschaft so selbstverständlich wie vernünftig. Dieses Prinzip muss auch gelten, wenn die Banken nicht Kreditgeber, sondern Kreditnehmer sind. Doch die SBVg sieht das anders. Was sie von Bankkunden verlangt, soll für die Banken selbst nicht gelten. Das zeugt von einem selektiven Verständnis von Ordnungspolitik und schadet der Glaubwürdigkeit, wenn man bei anderen Themen wieder auf mehr Marktwirtschaft drängt. Einen Gefallen tut sich die SBVg mit dieser Doppelmoral nicht, etwa mit Blick auf die derzeitige Stimmung im regulierungsfreudigen Bundesbern.

ELA plus ist ein Sündenfall. Die SNB betont, sie sei damit an die Grenze dessen gegangen, was für sie noch zulässig sei. Doch eigentlich hat sie diese Grenze überschritten. Denn in den SNB-Richtlinien steht, dass die Liquiditätshilfe «vollständig durch ausreichende Sicherheiten gedeckt

sein» müsse. Das ist hier nicht der Fall. Dass es bei ELA-plus-Krediten wenigstens ein Konkursprivileg gibt, ist kein vollwertiger Ersatz für Vermögenswerte, die man im Konkursfall verkaufen kann. Niemand weiss im Voraus, wie viel eine kollabierende Bank noch hergibt.

Die Episode zeigt: Das bei Regelbrüchen oft strapazierte Argument, der Verstoß sei einer historischen Einmaligkeit geschuldet und werde sich nicht wiederholen, steht immer auf wackligem Fundament. Was einmal geht, geht auch ein zweites oder drittes Mal. Jede Regelverletzung weckt die Begehrlichkeit, es mit den Regeln auch in Zukunft nicht so genau zu nehmen. Die Bankiervereinigung geht nun noch einen Schritt weiter und will den Regelbruch gleich institutionalisieren.

Das ist der ordnungspolitisch falsche Weg. Zwar mag es sinnvoll sein, den Kreis jener Sicherheiten, die Banken der SNB anbieten können, zu erweitern. Letztlich stehen aber die Geldhäuser in der Pflicht. Sie müssen dafür sorgen, dass sie im Krisenfall für den Bezug dringend benötigter Liquidität immer genügend Sicherheiten verfügbar haben. Das nennt man Eigenverantwortung, und das gehört zu den Grundprinzipien einer Marktwirtschaft. Es sollte endlich auch im Bankensektor gelten. Dem ramponierten Ruf der Branche käme dies zugute.

**Eigenverantwortung gehört zu den Grundprinzipien einer Marktwirtschaft. Sie sollte endlich auch im Bankensektor gelten.**

Fachkräftemangel

# Es braucht die Talente, die schon da sind

IRÈNE TROXLER

30 Prozent des Gesundheitspersonals haben hierzulande einen ausländischen Pass. Das ergab eine Befragung im Jahr 2019. Vermutlich sind es heute noch mehr. Auch in technischen Berufen trifft man reihenweise auf Spezialisten aus unsern Nachbarländern. Seit einem halben Jahrhundert lockt die Schweiz mit ihrer brummenden Wirtschaft und ihren hohen Löhnen Fachkräfte an. Das ist billiger, als den Nachwuchs selber auszubilden.

Doch nun ist es vorbei mit der Bequemlichkeit. Die Babyboomer verabschieden sich in die Rente. Das Zahlenverhältnis zwischen Arbeitstätigen und Pensionierten verändert sich beträchtlich. Ausserdem sind die Ärzte und Ingenieurinnen, die bisher ausserhalb der Landesgrenzen rekrutiert wurden, in ihren Herkunftsländern stark gefragt. Auch diese Gesellschaften werden älter und benötigen ihre Fachkräfte selbst. In manchen Aspekten dieses Kampfs um Talente schneidet die Schweiz nicht besonders gut ab. Wer hier eine Kinderbetreuung oder eine Wohnung suchen muss, überlegt sich den Umzug zweimal.

Nötig sind also neue Ideen. Eine Studie legt nun den Finger auf einen wunden Punkt. Die

Schweiz hat zwar grundsätzlich ein exzellentes Bildungssystem. Doch gewisse Bevölkerungsgruppen finden den Zugang dazu kaum. Ein Kind mit einer anderen Muttersprache mag intelligent und lernwillig sein. Es hat trotzdem kaum Chancen, die Eintrittshürde fürs Gymnasium zu überspringen. Denn der abgefragte Stoff wird in der Volksschule gar nicht behandelt. Es braucht teure private Vorbereitungskurse oder Akademikereltern, die mit den Sprösslingen pauken. Wer schon über einer kompliziert formulierten Mathe-Aufgabe aus einer Gymiprüfung gebrütet hat, versteht, warum eine Sechstklässlerin, die zu Hause albanisch spricht, sich gar nicht erst anmeldet.

Jugendliche mit Migrationshintergrund könnten ja eine Berufslehre machen, heisst es dann jeweils. Aber können sie so ihr Potenzial ausschöpfen? Eine soeben erschienene Studie von Allianz Chance+ und Oliver Wyman beantwortet die Frage mit einem klaren Nein. Viele Lehrbetriebe fördern Talente kaum und unterstützen sie zu wenig, wenn sie die Berufsmaturität anstreben. Das geht aus umfangreichen Befragungen hervor. Auch die festgestellten Informationsdefizite bei der Berufswahl und bei den Ausbildungsperspektiven sind ein Problem.

**Es ist Zeit, intelligente Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht als Hypothek anzusehen, sondern als Ressource.**

Intelligente Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im Schweizer Bildungssystem nicht vorgesehen. Wenn sie dann auch noch einen Nachnamen haben, der Abwehrreflexe auslöst, kommen sie beruflich nicht vom Fleck. Zu lange war ihre Integration ausschliesslich ein Thema der Sozialpolitik. Nun ist es Zeit, sie nicht nur als Hypothek anzusehen, sondern als Ressource. Dass es unter ihnen viele Talente gibt, belegt die neue Studie. Sie beziffert ihre Zahl auf jährlich 14 000.

Vor allem die Arbeitnehmer müssen umdenken. Es braucht eine Talentoffensive, die solche Jugendliche auf der ganzen Wegstrecke von der Berufswahl bis zum allfälligen Hochschulabschluss adressiert. Berufsverbände können Götis einsetzen, die sie auf dem Bildungsweg begleiten. Aber auch Gymnasien und Berufsmaturitätsschulen müssen überprüfen, ob ihre Selektionskriterien noch zeitgemäss sind angesichts der Tatsache, dass in der Schweiz drei Millionen Menschen einen Migrationshintergrund haben.

Das Schweizer Bildungssystem hat über viele Jahrzehnte mit grossem Erfolg Tausende junger Migrantinnen und Migranten in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert. Jetzt ist ein neuer Effort gefragt. Wenn der Wille da ist, kann es die Talente ausbilden, die die Wirtschaft dringend braucht.

Homo-Ehe

# Auf «Regenbogen-Imperialismus» kann Japan verzichten

MARCO KAUFFMANN BOSSART

In Sachen Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare hinkt Japan Europa und Amerika hinterher. Zwar ist unlängst ein «Gesetz zur Verbesserung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die Vielfalt der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität» in Kraft getreten. Doch wie die sperrige Bezeichnung schon sagt: Es geht erst darum, Verständnis zu schaffen – mehr heisse Luft als Substanz.

Dass die Gesetzgeber die Gesellschaft für Diskriminierungen «sensibilisieren» wollen, mutet wohlfeil an. Denn von einer rechtlichen Gleichstellung der Homo-Ehe, wie es die LGBTQ-Community und progressive Stimmen in Japan fordern, ist das Land noch weit entfernt. Im Kreis der sieben grössten Industrieländer (G-7) bleibt Japan das einzige Mitglied, das sich gegen die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen sperrt. Verbohrte Hinterwälder, ätzen Kritiker.

Der amerikanische Botschafter in Japan, Emanuel Rahm, hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, Japan auf die Sprünge zu helfen. Sein Aktivismus kulminierte vor dem G-7-Gipfel in Hiroshima in einem vierminütigen Video. Rahm, ehemals Stabschef von Barack Obama, führt als geschmeidiger Moderator durch das Lobbying-Stück. Dazwischen

werben 15 ausländische Botschafter für die Gleichstellung von LGBTQ-Menschen. Der Vertreter Islands band sich für seinen Auftritt eigens eine Fliege mit Regenbogen-Muster um. Angesichts der riesigen Herausforderungen dieser Welt sollte man nicht die Energie auf die Frage verschwenden, ob zwei Menschen, die sich lieben, ein gemeinsames Leben aufbauen dürfen, predigt Amerikas Botschafter sinnig. Und er suggeriert, dass Japan mit seiner gegenwärtigen Praxis die eigene Verfassung verletze.

Die japanische Rechtsprechung tat sich bis anhin schwer mit einer klaren Linie. Richter in Sapporo und Nagoya stuften das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe als verfassungswidrig ein. Gerichte in anderen Städten kamen zum gegenteiligen Schluss und wiesen Klagen gleichgeschlechtlicher Paare ab. Bis das Oberste Gericht in dieser Frage urteilt, könnten noch mehrere Jahre verstreichen.

Gleichwohl ist der penetrante Aktivismus westlicher Botschafter falsch. Japan, traditionell einem althergebrachten Familienbild verhaftet, bewegt sich nämlich durchaus. Rund 250 Städte stellen beispielsweise Partnerschaftszertifikate aus, die gleichgeschlechtlichen Paaren bestimmte Rechte einräumen. Und wenn stockkonservative Stimmen in der liberaldemokratischen Regie-

**Der penetrante Aktivismus westlicher Botschafter ist falsch. Gesellschaftlicher Wandel lässt sich nicht von aussen aufzwingen.**

rungspartei LDP homophobe Sprüche von sich geben, hat dies Konsequenzen: Ein politischer Berater des Regierungschefs Fumio Kishida, der in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten lästerte, er möchte Schwule weder anschauen noch als Nachbarn haben, wurde sofort entlassen, als Medien über die Entgleisung berichteten. Das war nicht immer so.

Gesellschaftlicher Wandel lässt sich nicht von aussen aufzwingen. Japan wird die gleichgeschlechtliche Ehe einführen, wenn das die Bevölkerung will. Taiwan, wie Japan ein demokratischer Leuchtturm in Asien, hat diesen Schritt bereits gemacht. Die Japaner dürften dereinst nachziehen. Ein unverkrampter Umgang mit sexuellen Minderheiten spiegelt sich in Meinungsumfragen: Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung befürworten eine Legalisierung der Homo-Ehe. Vor 25 Jahren war es lediglich ein Drittel. Die Politik wird sich dieser Entwicklung nicht entziehen können.

Es braucht daher keinen «Regenbogen-Imperialismus». Der missionarische Eifer ausländischer Diplomaten wirkt auch taktisch ungeschickt. Er spielt jenen Ewiggestrigen Nippons in die Hände, die Homosexualität als Ausgeburt eines dekadenten Westens brandmarken, der Japan seine Werte aufdrücken wolle.